

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 27. August 2026

Marc Timmer

Nord-Gebotszone Strom gut für Verbraucherinnen und Verbraucher, Industrie und Wasserstoffhochlauf

TOP 28: Für faire Strompreise und effiziente Netznutzung: Reform der deutsch-luxemburgischen Stromgebotszone voranbringen (Drs. 20/4602 (neu))

"Was passiert bei einem Stromgebotszonen-Split? Es wird ein bisher einheitliches Marktgebiet mit einem Großhandelspreis für Strom in zwei oder mehrere Gebiete geteilt.

Aktuell wird so getan, als ob Deutschland eine Kupferplatte wäre, es also unbegrenzte Transportkapazitäten gäbe.

Tatsächlich kann aber nur ein Teil des Stroms physisch in den Süden transportiert werden. Die Stromautobahnen sind überlastet.

Das Paradoxe: Genau in diesen Momenten wird im Süden vermehrt Strom nachgefragt. Denn wenn im Norden die Windräder viel Strom produzieren, dann sinken die Börsenstrompreise. Und die Nachfrage – auch im Süden – steigt, unabhängig davon, dass der Strom tatsächlich nicht geliefert werden kann.

Wenn der Strom aber nicht geliefert werden kann, dann müssen die Nachfrager im Süden den bestellten Strom kurzfristig von teuren Gaskraftwerken im Süden beziehen. Diese höheren Kosten nennt man Re-Dispatch-Kosten. Allein im Jahr 2025 haben uns diese Netzengpässe über drei Milliarden Euro gekostet.

Die Strommarkttrennung bedeutet nun, dass eine Marktgrenze dort gesetzt wird, wo die Netzengpässe bestehen. Dann berechnet die Strombörse die Preise für jede einzelne Zone. Im Norden gibt es viel Erzeugung, also geringere Preise. Im Süden steigt bei hoher Nachfrage der Preis. Denn das Gut Strom ist dort tatsächlich knapp, es kann ja aus dem Norden nicht geliefert werden. Physisch sind die Märkte nicht getrennt. Es wird im Süden soviel Windstrom abgenommen, wie die Transportkapazitäten es erlauben. Erst wenn die Kapazitätsgrenze erreicht ist, werden die Preise in den jeweiligen neuen Zonen berechnet. Tatsächliche Lieferung und Preissetzung passen zusammen.

Deshalb ist die Initiative der IHK Schleswig-Holstein zu einer gemeinsamen Handelszone von Schleswig-Holstein, Hamburg und Westdänemark zu begrüßen.

Die Vorteile liegen auf der Hand. Es gibt stabilere und günstigere Strompreise für Verbraucher und Industrie im Norden. Dies würde sicherlich auch zu neuen Unternehmensansiedlungen führen.

Aber nicht nur das: In der neuen Grünstromzone würden über 90 % der Energie aus erneuerbaren Quellen stammen. Nach EU-Recht erlaubt dies die sofortige und bedingungsfreie Produktion von grünem Wasserstoff.

Die Wasserstoffproduktion wäre in jedem Fall kostengünstiger als derzeit. Und dies ist dringend geboten, will man Wasserstoff hier bei uns im Land zu marktfähigen Preisen herstellen. Und, so oder so: Wasserstoff wird gebraucht, um Klimaneutralität insbesondere in der Industrie zu erreichen. Ohne Wasserstoff läuft nichts. Gelingt es nicht, einen Kostenreduzierungspfad bei der Herstellung von grünem Wasserstoff bei uns zu erreichen, wird die Wertschöpfung vermutlich in Spanien erzielt, nicht aber bei uns.

Klar ist, dass dieser Vorstoß massiven politischen Sprengstoff bietet.

Die Reaktion aus Süddeutschland ließ auch nicht lange auf sich warten. Aus Bayern und Baden-Württemberg hagelt es Kritik. Die Sorge im Süden ist klar: Wenn der billige Windstrom im Norden verbleibt, steigen die Preise im restlichen Deutschland. Deshalb ist es so wichtig, dass der Übergang hin zu mehreren Gebotszonen und deren Auswirkungen sehr sorgfältig bewertet wird. Auch zeitlich muss den Südländern die Gelegenheit gegeben werden, beim Kapazitätsausbau von erneuerbarem Strom nachzuholen. Entsprechende Mindereinnahmen bei den bestehenden erneuerbaren Erzeugungsanlagen im Norden müssen im Sinne des Vertrauensschutzes ebenfalls beachtet werden.

Dies führt mich zu zwei vorrangigen Forderungen an die Landesregierung.

Erstens, der Übergang von einer Gebotszone in mehrere mit den Auswirkungen und Maßnahmen ist sehr sorgfältig zu beschreiben. Dies hat für mich den Charakter einer Machbarkeitsstudie, der die Interessen sämtlicher Akteure berücksichtigt.

Zweitens, der Kostensenkungspfad bei der Herstellung von Wasserstoff ist ebenfalls sehr genau zu planen. Denn wir brauchen endlich ein Zielbild für den Ausbau der Wasserstoffwirtschaft in Schleswig-Holstein und wie genau dieser Weg beschritten werden kann. Das Wasserstoff-Kernnetz ist hierbei eine unabdingbare Voraussetzung. Die Landesregierung muss aber eine koordinierende Funktion beim Zusammenbringen von Industrie und Wasserstoffherstellern einnehmen. Der Kostensenkungspfad muss begleitet werden. Dies geht über das hinaus, was die Landesregierung derzeit bietet. Das Scheitern von Hyscale100 führt dies vor Augen. Schleswig-Holstein hat klare Interessen, die mit aller Kraft verfolgt werden müssen. Die Zielgröße ist klar: 3 EURO / kg Wasserstoff. Hierfür braucht es aber eine tatkräftigere Landesregierung."

